



Bundesinstitut für Berufsbildung

Berichtigung Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 16. Dezember 2015 zur Eignung der Ausbildungsstätten

Die Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 16. Dezember 2015 zur Eignung der Ausbildungsstätten (BAnz AT 25.01.2016 S2) wird berichtigt.

In Nummer 1.2 lautet der vierte Absatz richtig wie folgt:

Die Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung erfolgt für Auszubildende als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer auch durch Betriebs- und Personalräte nach § 80 des Betriebsverfassungsgesetzes und § 68 des **Bundespersönlichkeitsgesetzes** (BPersVG). Betriebs- und Personalräten stehen bei der Durchführung der Berufsbildung die Mitbestimmungsrechte gemäß § 98 des Betriebsverfassungsgesetzes bzw. § 75 BPersVG zu.

Die Änderungen sind in verstärkter Schrifttype dargestellt
